



Offener Brief an

Herrn Dr. Stephan Keller, Oberbürgermeister  
der Landeshauptstadt Düsseldorf

Herrn Burkhardt Hintzsche, Stadtdirektor  
der Landeshauptstadt Düsseldorf

Frau Miriam Koch, Amtsleiterin, Amt für Migration u. Integration  
der Landeshauptstadt Düsseldorf

Frau Paula Elsholz, Fraktionssprecherin BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN Düsseldorf  
Herrn Stephan Engstfeld, MdL BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN Düsseldorf  
als Mitunterzeichner der Kooperationsvereinbarung zwischen CDU und  
BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN vom Januar 2021

04.10.2021

Zu den Plänen der Landesregierung NRW für die Errichtung eines  
Abschiebegefängnisses am Flughafen Düsseldorf.

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Dr. Stephan Keller,  
sehr geehrte Damen und Herren.

Der Vorstand des Flüchtlingsrats Düsseldorf e. V. hat mit großer Sorge und  
Beunruhigung die Pläne der NRW-Landesregierung für die Errichtung eines  
Abschiebegefängnisses am Flughafen Düsseldorf zur Kenntnis genommen.



Die Landeshauptstadt Düsseldorf ist mit 50 % des Stammkapitals am Flughafen DUS beteiligt, wir fordern die kommunalpolitischen Vertreter:innen unserer Stadt dazu auf, sich diesen Plänen entgegen zu stellen und dies auch öffentlich zu verlautbaren.

Unsere Begründung für die Sorge und Beunruhigung bzgl. der Neuerrichtung eines Abschiebegefängnisses am Flughafen DUS entnehmen Sie bitte dem beigefügten offenen Brief an das MKFFI NRW mit gleichem Datum.

Darüber hinaus:

Dieses Ansinnen der Landesregierung entspricht nicht den vielfältigen Bemühungen und Ansätzen der Stadtgesellschaft in Bezug auf Integration und Migration in Düsseldorf. Wir befürchten hier ein Konfliktfeld, was einen „rechts-unsicheren“ Raum ermöglicht und die Menschenrechte für Flüchtlinge und Asylsuchende einschränkt oder gar außer Kraft setzt.

In der Kooperationsvereinbarung zwischen der CDU und BÜNDIS90/DIE GRÜNEN aus dem Januar 2021 heißt es unter dem Punkt „Perspektiven für Menschen mit Fluchtgeschichte“ auf Seite 45 u.a. *„Wir setzen uns weiterhin für eine humanitäre Flüchtlingspolitik ein.“*

Wir bitten Sie, diesen positiven Ansatz auch in Zukunft konsequent und ausdauernd umzusetzen – die Wohlfahrtsverbände, Vereine und Initiativen stehen mit ihrem haupt- und ehrenamtlichen Engagement für ein Gelingen dieses Vorhabens zur Verfügung.



Natürlich verschließen wir nicht die Augen vor den notwendigerweise strafrechtlichen Konsequenzen für straffällig gewordene, ausreisepflichtige Menschen, mahnen jedoch die Verhältnismäßigkeit und die jeweils pro-aktive Berücksichtigung der aktuellen Situation in den Abschiebländern an. Bitte setzen Sie die Erklärung aus der oben zitierten Kooperationsvereinbarung in dauerhaftes und verlässliches Behördenhandeln um.

Der in unserer Vereinssatzung genannte Zweck unseres Handelns (§ 2, Abs. 1a) „... die Unterstützung und Hilfe für Flüchtlinge und Migranten ... gegenüber politische Gremien, Verwaltungsstellen und gegenüber der Öffentlichkeit ...“ verpflichtet uns, weiterhin die Entwicklung in unserer Stadt aufmerksam-kritisch zu begleiten.

Mit freundlichen Grüßen

Flüchtlingsrat Düsseldorf e. V.  
Der Vorstand

Anlage: offener Brief an das MKFFI NRW